

# Danziger Dampfboot.

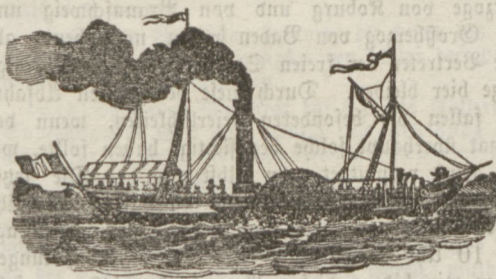
№ 207.

Sonnabend, den 5. September.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaffengasse No. 5.

wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1863.

34ter Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:

In Berlin: Kettemeyer's Centr.-Ztg.- u. Annonc.-Bür.

In Leipzig: Zügen & Fort.

In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Bureau.

In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haafenstein & Vo gler.

## Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., Freitag 4. September.

Das Schreiben der 18 Fürsten und 4 Bürgermeister an Se. Majestät den König von Preußen lautet wörtlich:

Allerburchlauchtigster, großmächtigster Fürst! Angesichts des Schreibens, mittels dessen Ew. Majestät unterm 20. August die Einladung haben beantwortet wollen, welche wir, die in Frankfurt versammelten deutschen Fürsten und Vertreter der freien Städte, an Ew. Majestät zu richten, uns gedrungen gefühlt, können wir, nach Beendigung unserer Berathungen uns nicht trennen, ohne Ew. Majestät nochmals unser innigstes Bedauern darüber auszudrücken, daß wir Allerhöchst Ihre persönliche Mitwirkung zu dem unternommenen großen Werke entbehren mußten. Gerne schöpfen wir jedoch aus Ew. Majestät Versicherung, daß Allerhöchstdieselben jede Mittheilung, die Ihre Bundesgenossen an Sie würden gelangen lassen, mit der von Ew. Majestät jederzeit der Entwicklung der gemeinsamen vaterländischen Interessen gewidmeten Bereitwilligkeit und Sorgfalt in Erwägung ziehen würden, die für uns Alle so kostbare Hoffnung auf eine endliche allgemeine Verständigung. Aus unseren Berathungen ist der dem gegenwärtigen Schreiben beigelegte Entwurf einer Reformakte des deutschen Bundes hervorgegangen. Von deutscher Eintracht und opferwilliger Gesinnung sämmtlich befeelt, sind wir unter uns über denselben vollkommen einig geworden, werden es als ein hohes Glück für uns Alle und für unsere Väter betrachten, wenn nunmehr in der Brust Ew. Majestät, unseres mächtigen und wohlgestimmten Bundesgenossen, Entschließungen reifen würden, durch welche Deutschland, Dank dem Einverständnis seiner Fürsten, auf der bundesgesetzlichen Grundlage an das Ziel einer heilsamen Reform seiner Verfassung gelangen wird. Auch bei diesem abermaligen wichtigen Anlasse erneuern wir den Ausdruck der bundesfreundlichen Gesinnungen, von welchen wir für Ew. Majestät befeelt sind.

Folgen 22 Unterschriften.

Wien, Freitag 4. September.

Der Kaiser traf heute Vormittag um 10 1/2 Uhr auf der Westbahn ein und wurde am Bahnhofs von den Erzherzogen, den Ministern und dem Bürgermeister empfangen. Der letztere hielt eine Anrede, die den Dank für das vom Kaiser unternommene Einigungswerk ausdrückte. Der Kaiser, für den bereiteten freundlichen Empfang dankend, sagte, daß er bestrebt gewesen sei, die Interessen Oesterreichs in Frankfurt auf das Würmste zu vertreten, freute sich sehr zu können, daß er überall in Deutschland die wärmsten Sympathien für Oesterreich gefunden habe, und sprach der guten Haltung und Gesinnung Wiens seine Anerkennung aus. Die Fahrt vom Bahnhofs nach der Hofburg, durch zahllose Menschenmassen und von Jubel umwozt, glich einem Triumphzuge.

London, Freitag 4. September.

Die heutige „Morningpost“ hat Grund zu glauben, daß der dänisch-schwedische Allianzvertrag Behufs der Vertheidigung Dänemarks gegen Deutschland soeben abgeschlossen ist.

## Impertinenz.

Man hat von Dänemark in Betreff seines Verhaltens gegen Deutschland schon so Manches erlebt, was an Ungehörlichkeit und Rücksichtslosigkeit seines Gleichen sucht; doch kaum hat es in seinen früheren

Aufsehnungen gegen die gerechten Forderungen von deutscher Seite in Beziehung auf die Herzogthümer so viel Impertinenz gezeigt, wie in seiner Antwort auf die Beschlüsse des deutschen Bundes vom 9. Juli d. J. In dieser Antwort kündigt es dem deutschen Bunde geradezu den Gehorsam auf und tritt Recht und Gesetz mit Füßen. Seinen Beschlüssen zufolge aufgefordert, der Bekanntmachung vom 30. März keine Folge zu geben, dieselbe vielmehr außer Wirksamkeit zu setzen und der Bundesversammlung binnen 6 Wochen Anzeige zu erstatten, daß sie zur Einführung einer die Herzogthümer Holstein und Lauenburg mit Schleswig und mit dem eigentlichen Königreich Dänemark und einem gleichartigen Verbands vereinigen Gesammtverfassung, sei es in vollständiger Ausführung der Vereinbarung von 1851 u. 52. sei es auf Grundlage der Vermittlungsvorschläge der königl. großbritannischen Regierung vom 24. Sept. v. J. die erforderlichen Einleitungen getroffen habe, antwortet Dänemark, daß es sich nicht in der Lage befinde, die bezeichnete Bekanntmachung außer Wirksamkeit zu setzen; auf den zweiten Theil der Aufforderung antwortet es gar nichts. Man sieht hieraus deutlich, wie weit es die Leute treiben, wenn sie keine Furcht haben. Die Noten des deutschen Bundes, denkt das kleine Dänemark, sind ja doch weiter nichts, als ein Stückchen Papier; sie krümmen keinem Menschen ein Haar. Deutschland ist gegenwärtig viel zu zerfahren, als daß es durch einen lähmen Schlag dem langen Harder ein Ende zu machen vermöchte. So denkt es und glaubt deshalb, Alles wagen zu dürfen. Versteigt es sich doch in seiner Impertinenz so weit, daß es, nachdem es sich von den in den Jahren 1851 und 1852 übernommenen Verpflichtungen einseitig losgemacht, erklärt, keine Veranlassung zum Einschreiten gegeben zu haben. Ja, es geht noch weiter, indem es droht, die Ausübung der bundesrechtlichen Befugnisse als einen Akt der Feindseligkeit anzusehen.

Daß Dänemark es mit diesen Drohungen nicht ernstlich meint, kann man an den fünf Fingern abzählen. Es ist eben nur eine schamlose Impertinenz, die ihm seine herausfordernde Sprache gegen Deutschland dictirt, und eher wird es in derselben auch kein Maß und Ziel finden, als bis es durch das deutsche Schwert Raison lernt.

## K u n d s c h a n.

Berlin, 4. September.

Nachdem Ew. Majestät die Sitzungen des Landtags am 27sten Mai d. J. zu schließen gerührt hatten, weil die Majorität des Hauses der Abgeordneten der Regierung Ew. Majestät ihre Mitwirkung versagte, haben wir Ew. Majestät in dem Berichte vom 15. Juni d. J. unsere Ueberzeugung dahin allerunterthänigst ausgesprochen, daß nichtsdestoweniger der Versuch, in diesem Jahre die gesetzliche Feststellung des Staatshaushalts-Stats herbeizuführen, durch erneute Verhandlungen mit der Landesvertretung zu wiederholen und deshalb die Einberufung der letzteren so zeitig zu bewirken sei, daß die Möglichkeit der Beschlußnahme vor Ablauf des Jahres gegeben wäre.

Wir konnten uns gleichzeitig nicht verhehlen, daß weitere Verhandlungen mit dem gegenwärtigen Abgeordnetenhaus für die Verständigung über die schwebenden Streitfragen keine Aussicht boten. Die Stellung, welche die Mehrheit des Hauses zu Ew. Majestät und zu Allerhöchstdero Regierung eingenommen, und die Forderungen, mit welchen dieselbe in die ver-

fassungsmäßigen Rechte der Krone einzugreifen versucht hatte, schlossen jede Hoffnung auf ferneres Zusammenwirken und auf ein befriedigendes Ergebnis desselben aus. Wir erlaubten uns deshalb unsere Ansicht dahin ehrfurchtsvoll darzulegen, daß der Wiedereröffnung des Landtages eine Auflösung des Hauses der Abgeordneten nothwendig vorhergehen müsse.

Ew. Majestät geruhen vor Ihrer Abreise, in der Conseil-Sitzung vom 16. Juni, das Allerhöchste Einverständnis mit dieser Auffassung auszusprechen und sich die definitive Beschlußnahme über den Zeitpunkt der Auflösung bis nach Allerhöchstdero Rückkehr nach Berlin vorzubehalten.

Die Lage der Dinge in Ew. Majestät Staaten hat seitdem keine Veranlassung zu einer Aenderung unserer damals von Ew. Majestät gutgeheißenen Anträge geboten; dagegen sind auf dem Gebiete der deutschen Bundes-Verfassung Bestrebungen zu Tage getreten, deren unverkennbare Ansicht es ist, dem preussischen Staate diejenige Machtstellung in Deutschland und in Europa zu verklümmern, welche das wohl-erworbene Erbtheil der ruhmvollen Geschichte unserer Väter bildet und welche das preussische Volk sich nicht streitig machen zu lassen, jederzeit entschlossen gewesen ist.

Unter diesen Umständen wird es für Ew. Majestät Unterthanen zugleich ein Bedürfnis sein, bei den bevorstehenden Neuwahlen der Thatsache Ausdruck zu geben, daß keine politische Meinungsverschiedenheit in unserem Lande tief genug greift, um, gegenüber einem Versuche zur Vereinträchtigung der Unabhängigkeit und der Würde Preußens, die Einigkeit des Volkes in sich und die unverbrüchliche Treue zu gefährden, mit welcher dasselbe seinem angestammten Herrscherhause anhängt.

Die Vorgänge der jüngsten Tage haben uns daher in den im Juni d. J. Ew. Majestät allerunterthänigst unterbreiteten Anträgen nur bestärken können, und da die Durchführung der Neuwahlen einen Zeitraum von fast 2 Monaten erfordern dürfte, so werden die von Ew. Majestät in der Conseil-Sitzung vom 16. Juni gebilligten Maßregeln nunmehr eingekläumt ausgeführt werden müssen, damit dem un-zuberufenden Landtage die Möglichkeit bleibe, noch in diesem Jahre die Verathung des Staatshaushalts-Stats zu bewirken.

Wir tragen daher Allerunterthänigst darauf an: die im Entwurfe ehrfurchtsvoll beigelegte Verordnung wegen Auflösung des Hauses der Abgeordneten Allerhöchstdero vollziehen zu wollen. Berlin, den 2. September 1863.

Das Staatsministerium.

von Bismarck-Schönhausen, von Bodolschwing, von Noon, Graf von Ipenplitz, von Mähler, Graf zur Lippe, von Eschow, Graf zu Eulenburg. An des Königs Majestät.

## Verordnung betreffend die Auflösung des Hauses der Abgeordneten.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen etc., verordnen, auf Grund des Artikels 51 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850, nach dem Antrage des Staatsministeriums, was folgt:

§. 1. Das Haus der Abgeordneten wird hierdurch aufgelöst.

§. 2. Unser Staatsministerium wird mit der Ausführung der gegenwärtigen Verordnung beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchstehändigen Unterschrift und beigelegtem königlichen Insigne. Gegeben Berlin, 2. Sept. 1863. (L. S.) Wilhelm.

— Bekanntlich wurde die am 3. Aug. cr. dem Könige von Preußen in Gastein überreichte Einladung des Kaisers von Oesterreich, d. d. Wien, den 31. Juli c., zur Theilnahme an der Fürsten-Conferenz in Frankfurt a. M. schon unter dem 4. Aug. c. ablehnend beantwortet. Dieses ablehnende Schreiben ist seiner Zeit sämmtlichen preussischen Gesandten bei den deutschen Höfen übersendet worden. Es lautet nach der „V. A. Z.“:

„Durchlauchtigster, Großmächtigster Fürst, besonders lieber Bruder und Freund!

Es gereicht Mir zu lebhafter Genugthuung, aus Eurer Majestät Schreiben vom 31. Juli zu ersehen, wie Eure Majestät mit Mir in der Anerkennung des Bedürfnisses einer den Zeitumständen entsprechenden Reorganisation der deutschen Bundesverfassung übereinstimmen, und bin Ich gern bereit zu gemeinsamen Beratungen über eine Aufgabe, welche mir jederzeit am Herzen gelegen hat, und die in der Mannigfaltigkeit der Wege, auf welchen ihre Lösung bisher versucht worden ist, ebenso die Wichtigkeit wie die Schwierigkeit der letzteren erkennen läßt.

Einer in die Interessen Meines Volkes und der gesamten deutschen Nation so tief eingreifenden Frage gegenüber sind es zunächst zwei Erwägungen, welchen Ich im Interesse der Sache selbst Meine Entschlüsse unterordne.

Einmal kommt es darauf an, zu verhüten, daß das bestehende Maß der Einigung vor jeder Gefährdung durch das Streben nach einem festeren Bande bewahrt werde.

In dieser Beziehung entnehme Ich aus Eurer Majestät Absicht, die wesentlichen Grundlagen der Bundesverfassung zu erhalten, die Bürgschaft, daß das Gute, soweit es vorhanden, dem Streben nach Besserem nicht ohne Sicherheit des Erfolges geopfert werden wird.

Meine zweite Erwägung ist die, daß die Erreichung des für die Zukunft gesteckten Zieles durch die Wahl des Weges wesentlich beeinträchtigt oder gefördert werden wird. Unsere Arbeiten würden, Meiner Ansicht nach, dadurch nicht erleichtert werden, daß Wir sie mit einer Zusammenkunft der Souveräne beginnen. Es erscheint Mir unerlässlich, daß einem so bedeutsamen Schritte, wenn er den gewollten Erfolg haben soll, eingehende Vorarbeiten und Conferenzen Unserer Minister vorausgehen, über deren Ergebnis schließlich von den Souveränen die Entscheidung zu treffen sein wird.

Aus diesem Grunde glaube ich Mir die Annahme der Einladung Eurer Majestät zum 16. d. M. versagen und Eurer Majestät vorschlagen zu sollen, daß wir die Fragen, über welche von den Souveränen sämmtlicher Bundesstaaten zu beschließen sein wird, zunächst in Ministerialconferenzen der Vertreter der 17 Stimmen des engeren Rathes der Bundesversammlung beraten und feststellen lassen.

Mit der Wahl Frankfurts als Ort einer solchen Versammlung bin Ich einverstanden und indem Ich Mich aufrichtig freuen werde, mit Eurer Majestät gemeinsam Hand an ein Werk zu legen, mit dessen Gelingen die Zukunft Deutschlands so innig verknüpft ist, ergreife Ich ic.

Gastein, den 4. August. (gez.) Wilhelm.“

— Im Laufe des heutigen Tages liefen von außerhalb, namentlich vom Auslande, telegraphische Anfragen hier ein, ob der Minister von Bismarck seine Entlassung genommen oder erhalten habe. Die Antwort hierauf konnte sehr kurz und bestimmt ausfallen, denn weder der Premier noch seine übrigen Collegen erachten sich bis auf Weiteres als erschüttert in ihren Stellungen.

— Das Programm der fünften Sitzungsperiode des internationalen statistischen Congresses (6.—12. Sept.) liegt nun gedruckt vor und enthält alles Nothwendige und Wissenswerthe. Die feierliche Eröffnung findet am nächsten Montag statt. Ein Geschäftsregulativ ist entworfen, eben so sind Vorschläge für die Zeiteinteilung gemacht, überhaupt die Vorarbeiten sehr sorgsam und bis ins Einzelne gemacht.

Frankfurt, 1. Sept. Der Abschluß des Fürstentages ist kein ganz so leichtes und angenehmes Geschäft, wie sein glänzender und hoffnungsvoller Anfang. Es erklärt sich daher, wenn zur Stunde noch nicht bekannt ist, ob die Schlußsitzung schon gefeiert stattgefunden hat oder heute erst stattfinden wird. Der offiziöse Congressbericht behauptet das Erstere; andere unterrichtete Leute bleiben steif und fest bei dem Letzteren. Gewiß ist, daß die Mehrzahl der Fürsten morgen abzureisen gedenkt, und daß die Zusammenkunft Franz Joseph's mit der Königin Victoria auf den 3. Sept. angesetzt ist. Spätestens heute muß das Ende also erreicht werden. Die österreichischen Federn haben mit absichtlicher Voreiligkeit ausgestreut, nur Baden, Weimar und Schwerin verweigerten die Gesamtannahme des durchberateten Entwurfs; sie wollten damit ohne Zweifel auf Andere einschüchternd wirken, die Lust haben möchten, desgleichen zu thun. Die Vertreter der freien Städte sind natürlich überhaupt nicht in der Lage, eine definitive Abstimmung vom Munde zu geben. Sie sind aber zum größten Theil auch, wie ich zuverlässig vernehmen, der entschiedenen Ansicht, daß ohne Preußen aus der Sache nichts werden dürfe. In keinem andern Punkte werden sie so sicher sein, die Meinung ihrer Mitbürger getroffen zu haben.

— Diesen Vormittag war es ungewöhnlich belebt auf unserer „Zeit“; stolze Karossen mit reichbetretenen Dienern hinten auf fuhren hin und her: die Fürsten machten sich gegenseitig Abschiedsbesuche. Die Könige von Sachsen und Hannover werden morgen abreisen; ebenso der Kurfürst und der Kronprinz von Württemberg, ferner der Großherzog von Weimar, der Fürst von Waldeck und der Prinz Heinrich der Niederlande. Für den Kaiser war der morgendliche Vormittag ebenfalls zur Abreise bestimmt; es scheint aber, daß wieder andere Dispositionen getroffen sind. Heute Abend wird auf seinen Wunsch im Theater eine „Hampelmanniade“ gegeben. Die Herzoge von Koburg und von Braunschweig und der Großherzog von Baden reisen noch heute ab. Die Vertreter der freien Städte werden noch einige Tage hier bleiben. Durch diese vereinzelt Abfahrten fallen die besonderen Feierlichkeiten, wenn der Senat überhaupt solche beabsichtigt haben sollte, wie wir gleich vermuthet, von selbst weg. — Die letzte Congresssitzung war auf heute Vormittag 11 Uhr anberaumt, wurde aber dann durch schleunige Umsage auf 10 Uhr festgesetzt. Ueber die Verhandlungen haben wir bis zu diesem Augenblick nichts zu erfahren vermocht. Wir hören nur, daß sich der Kaiser am Schluß der Sitzung bei den Fürsten und Vertretern der freien Städte verabschiedet und ihnen in einer Ansprache für ihr bereitwilliges Entgegenkommen gedankt hat. —

Heidelberg, 31. Aug. Die Astronomen, welche in den letzten Tagen hier beisammen waren und denen sich auch Manche aus außerdeutschen Ländern, z. B. aus Rußland, zugesellt hatten, haben sich zu einem förmlichen Verein constituirt. Im Ganzen waren 40 anwesend. Die namhaftesten Persönlichkeiten hiezu waren: Staatsrath v. Mädler aus Dorpat, Argelander aus Bonn, Oppolzer aus Wien, Bodwicz aus Warschau, Baskhow aus Moskau. Auch der Vater Oppolzer's, der berühmte Mediciner aus Wien, kaiserlicher Hofrath Oppolzer, war um dieselbe Zeit hier anwesend. Nach Beendigung der Versammlung der Astronomen wird der Congress der Augenärzte beginnen.

Wien, 29. Aug. Die hiesigen officiösen Organe fahren fort, zu beweisen, daß Oesterreich auf das Präsidium im projectirten Bundes-Directorium nicht Verzicht leisten dürfe. Wahrscheinlich wollen sie damit nichts Anders bezwecken, als die Bedeutung einer solchen Concession in das rechte Licht zu setzen. Denn daß sich Oesterreich, wenn einmal diese Frage zwischen ihm und Preußen zur Verhandlung kommt, weit nachgiebiger zeigen wird, als dies die Sprache der hiesigen officiösen Organe vermuthen läßt, kann man als sicher betrachten. — Im Staatsministerium ist man der Ansicht, daß die österreichische Reform-Acte mit der Februar-Verfassung sich ganz wohl vertrage und eine Modificirung derselben für den Fall, daß der Fürstencongress zu einem practischen Resultate führt, nicht nothwendig sei. Bekanntlich wird diese Meinung nicht überall getheilt. — Die langwierigen und geradezu ermüdenden Verhandlungen des Fürstentages über die Directorialfrage können nicht anders, als einen peinlichen Eindruck machen, da sie eben kein glänzendes Compliment für die Opferwilligkeit der Fürsten enthalten.

— Das Resultat des Fürstentages ist — wir können und müssen es schon eingestehen — ein wenig befriedigendes, ein bedauerliches. Aber Oesterreich ist wahrlich nicht Schuld daran! — Der Kaiser wird im Laufe dieser Woche erwartet; es werden bereits über den festlichen Empfang Sr. Majestät Beratungen gehalten und Vorkehrungen getroffen. (So eben erfahre ich, daß der Kaiser sich telegraphisch alle Feierlichkeiten verbeten habe; das dafür bestimmte Geld soll den Armen der Stadt Wien zu Gute kommen.) Mit Bestimmtheit melden die Journale den Rücktritt des Handelsministers Graf Wickenburg, doch ist die Sache noch nicht als so entschieden zu bezeichnen. Daß der Graf seine Demission gegeben hat, mag wohl richtig sein, eine kaiserliche Entscheidung darüber ist aber noch nicht erfolgt. Auch die Namen seiner eventuellen Nachfolger sind bloße Conjecturen und noch dazu größtentheils unrichtige. — In der Frage der mexikanischen Kaiserkrone von Seite des Erzherzogs Ferdinand Max hat sich nichts geändert und ist der Stand der Frage noch immer derselbe, wie ich ihn schon wiederholt Ihnen zur Kenntniß gebracht habe — ein „Gangen und Bangen in liebender Pein.“ — Vollkommen authentische Nachrichten aus Konstantinopel melden, daß die russische Armee in Transkaukasien fortwährend in einer Weise entwickelt und verstärkt wird, welche der Pforte die lebhafteste Unruhe erweckt. Ein großer Theil der Dampfer der russischen Linien ist zum Transport von Truppen, Munition ic. fest-

gehalten worden, ja es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß die betreffenden Gesellschaften ihre Fahrten ganz einstellen werden. Was man in den Zeitungen vom Wachsen der Empörung in Daghestan und der Eroberung fester Plätze liest, ist eine müßige Erfindung. Auch auf einen allgemeinen Aufstand der Tscherkessen ist nicht zu rechnen.

— Der Fürstentag wird wohl nicht lange mehr das politische Interesse für sich in Anspruch nehmen, da die polnische Frage wieder mit verstärktem Nachdrucke auftritt. Ebenso herrscht in dem Oriente, dieser Brutstätte der europäischen Conflict, gegenwärtig eine eigenthümliche Thätigkeit, als Zeichen eines heran nahenden bedeutenden politischen Ereignisses. Daß die Türkei namentlich in Hinblick auf den precären Stand ihrer Finanzen keine so kostspieligen Rüstungen unternehmen würde, wenn sie nicht überzeugt wäre, in nicht ganz ferner Zeit gegen einen bestimmten Gegner zu Felde ziehen zu müssen, liegt auf der Hand. Auch in Italien wird stark gerüstet, welchem Umstande man aber hier keine besondere Bedeutung beimessen zu dürfen glaubt, daher man denn auch die in Italien stehende Armee neuerdings reducirt. Täglich treffen hier Mannschaften aus Italien ein, welche als beurlaubt in ihre Heimath entlassen werden. Dieselben gehören den dritten Bataillonen an, die in ihre Werbungsstationen abmarschiren und sich dort auf den niedrigsten Friedensstand setzen. Nur die dritten Bataillone der galizischen Regimenter werden auf den Kriegsfuß gesetzt und zur Bewachung der polnischen Grenze verwendet.

Paris, 31. Aug. Man fängt hier nachgerade an, neue Candidatennamen für den mexikanischen Kaiserthron an die Oeffentlichkeit zu bringen. Mit der Candidatur des Erzherzogs Max will es nicht mehr vorwärts, selbst ihr officieller Advocat, Ritter Debrauz, verzweifelt daran. Vor acht Tagen versprach er, in der nächsten Nummer seines „Memorial diplomatique“ den Beweis zu liefern, daß an der Thronbesteigung des Erzherzogs nicht mehr zu zweifeln sei; heute entschuldigt er sich, daß ein plötzliches Unwohlsein ihn zwingt seine Beweisführung zu vertagen! Früher galt als vornehmster Ersatzmann für den Erzherzog Herr Paterson Bonaparte in Amerika, der Stiefbruder des Prinzen Napoleon, jetzt scheint das gegen für diesen Zweck der zweite Sohn des Prinzen Murat anersesehen zu sein. — Kaiserin Eugenie ist nach Biarritz abgereist.

— Ueber die österreichischen Reformprojecte hat sich die hiesige officiöse Presse bis jetzt mit ziemlicher Zurückhaltung geäußert. Mehr als sie gehen die meist auch inspirirten Departmentalblätter mit der Sprache hervor. Fast übereinstimmend legen sie gegen den bekannten Artikel 8 des Projectes Verwahrung ein. Frankreich, heißt es in einem dieser Blätter, hat sich bis jetzt darauf beschränkt, aus der Ferne ohne persönliche Hintergedanken und ohne vorgefaßten Plan, den Beratungen des Congresses beizuwohnen. Unbetheiligt an den Debatten, so lange sie sich in den Schranken eines inneren Abkommens hielten, das Deutschland allein angeht, bewahrte unsere Regierung eher noch eine wohlwollende als gleichgültige Haltung. Da nun aber diese Schranken überschritten worden sind, so mußte auch unsere besorgte Aufmerksamkeit rege werden und uns zur Annahme einer anderen Politik bestimmen. Oesterreich beharre darauf, aus den Bedingungen herauszutreten, innerhalb welcher wir ihm gestattet haben, sich zu bewegen, und sofort wird die Hand, die um ihm aufzuhelfen, sich freundschaftlich ihm entgegenstreckte, sich zurückziehen. Dann aber würde das ganze Gebäude der Macht, das es wieder aufzubauen und zu vergrößern sich anschickte, ins Wanken gerathen. Oesterreich soll es nicht vergessen: durch das Einverständnis mit uns ist es wieder zu so hohem Ansehen gelangt. Es verlege uns und die Principien, welche das europäische Recht berühren, sofort wird seine Lage wieder eine verfängliche werden. Wir hätten nur den Wunsch auszusprechen und Rußland so gut wie Preußen würden sich eifrigst um das Einverständnis mit uns bewerben.

London, 1. Sept. Im Widerspruch mit vielen in neuester Zeit hierher gelangten Angaben aus der Türkei, denen zufolge die russische Flotte im Schwarzen Meere gegenwärtig (den Bestimmungen des Pariser Vertrages zuwiderlaufend) größer sein soll, als zu irgend einer Zeit vor dem Krimkrieg, erklärt heute ein Gesandter in der „Times“ Folgendes: „Unmittelbar nach dem Abschlusse des Friedens hatte die russische Regierung 6 Kriegsschiffe aus der Ostsee nach dem Schwarzen Meere bringen lassen, doch waren sie allesammt dienstuntauglich. Sie figuriren aber trotzdem in der Flottenliste als Fahrzeuge von 11 Kanonen. Um sie zu ersetzen,



